



Dezentrale Geldschöpfung

Ein aktuelles Zukunftsthema

Gerhard Senft

© Martin Bangemann

Begriffe wie „Pearl Harbor-Economy“ (Vaz 2008, 13) taugen zur Beschreibung heutiger Zustände nur mehr begrenzt: Konjunkturabschwung, konstant hohe Arbeitslosenraten, drohender Inflationsgalopp, explodierende Lebensmittelpreise, steigende Wohnungskosten, sprunghafte Teuerungen am Energiesektor, Zunahme der Armut, leere Kassen in den öffentlichen Haushalten. Kurz: Das kapitalistische Märchenland ist abgebrannt! – Und das ohne Außeneinwirkung, herbeigeführt durch endogene Faktoren, die mit dem beharrlichen Ignorieren selbstentzündlicher Prozesse zu tun haben.



Weltweit, besonders aber in Europa spitzt sich zurzeit die Lage zu. Hans Magnus Enzensberger merkte vor kurzem an: „Wenn Jean Monnet

(1888-1979, einer der Väter der Europa-Idee, G. S.) noch unter den Lebenden wäre, so würde er gewiss nicht ohne Wehmut auf die Zeiten der Montanunion zurückblicken. Damals dachte niemand daran, zwischen einer ‚realen‘ und einer irrationalen (nämlich der Finanz-)Wirtschaft, zu unterscheiden. Seinerzeit ging es um Eisen und Kohle, Produkte, an deren Gebrauchswert niemand zweifelte. Die Gründer der ersten europäischen Union konzentrierten sich auf die Probleme der Schwerindustrie. Von einem Gespenst, das heute nicht nur Europa, sondern den ganzen Planeten heimsucht, konnten sie noch nichts ahnen. Es ist der global operierende Kapitalmarkt, der ihren Visionen den Garaus zu machen droht.“ (Enzensberger 2011, 47) Nicht zu leugnen ist zudem: Einer Europäischen Union, die keine Sozialpolitikunion, keine Ökologiepolitikunion einschließt, die zudem sehr unter-

schiedliche Wirtschaftsgebiete umfasst, fehlen entscheidende Teile eines Fundaments. Wozu also der Versuch, das Dach einer Währungsunion zu errichten, bevor wesentliche Teile des Fundaments gelegt sind? Was keiner der zahlreichen kleinen Häuslebauer so machen würde, machten die Regierungen Europas 2002 mit der Einführung einer zentralistischen Einheitswährung. Nun will man uns glauben machen, dass die Volkswirtschaft Griechenlands, die zum europäischen Markt lediglich ein bis zwei Prozent beiträgt, das internationale Finanzsystem in Turbulenzen zu stürzen imstande sei. Die Vorstellung, dass nun mit drastischer Sparpolitik und mit Notverkaufsaktionen die Hellenen das Steuer herumreißen könnten, fügt dem ökonomischen Irrsinn nur eine weitere Facette hinzu. Wir wissen: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. – Spare in der Not, dann bist du tot!“

Zur Praxis dezentraler Geldschöpfung



Dass eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung keineswegs auf eine zentralistische Einheitswährung angewiesen ist, zeigt das Beispiel der Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert. (Scheffler 1908) Das enorme ökonomische Potential, über das das Hoffnungsgebiet vieler Einwanderer verfügte, war in besonderer Weise auf ein adäquates Geld- und Kreditsystem angewiesen. Entscheidende Fragen waren daher: Welche Institutionen übernehmen die geldschöpfenden Aktivitäten, wie soll die Kontrolle über die Kreditgebarung gestaltet sein? Hier fielen die Antworten der Befürworter einer Zentralbank und der Vertreter föderaler Strukturen sehr unterschiedlich aus. Mit der Gründung der Notenbank 1791 setzte sich zunächst die zentralistische Position durch. Zu den Aufgaben der Bank zählte neben der Geld- und Krediterschöpfung die Organisation des Steuer- bzw. Abgabewesens sowie des Zahlungsverkehrs. Einen kurzfristigen Erfolg errangen die föderalen Kräfte nach dem zweiten Unabhängigkeitskrieg 1811, als die Konzession der Zentralbank nicht mehr erneuert wurde. Doch in der Folge überwogen wieder die Argumente der zentralistischen Seite, die mehr Sicherheit im Geschäftsverkehr und eine konsequente Bekämpfung inflationärer Tendenzen einforderte, sodass im Jänner 1817 die Second Bank of the United States ihren Betrieb aufnehmen konnte.

Die erhoffte Stabilität wollte sich jedoch nicht einstellen. Im Gegenteil: Die Nationalbank wurde mehr und mehr zum Spielball persönlicher Interessen, bald standen Vorwürfe der Korruption, des Betruges und der Bestechung im Raum. Die problematische Geschäftsgebarung jener

Institution, die statt für eine solide Geldpolitik für deflationäre Effekte im Bereich der Gesamtwirtschaft sorgte, war auch der Auslöser für



jene veritable Krise, in die die Vereinigten Staaten 1819/20 schlitterten. Das jähe Ende eines viel versprechenden Wirtschaftsaufschwunges hatte mehrere Ursachen: Zum Preisverfall bei den Rohstoffen und Nahrungsmitteln kamen den Erwerb von Grund und Boden erschwerende Gesetzesänderungen. Insgesamt waren es also Umstände, die die auf Kredit aufgebaute Wirtschaft schwer belasteten. Das Investitionsklima verschlechterte sich von Tag zu Tag, ebenso die Nachfragesituation, die Zahl der Firmenpleiten nahm zu. Der ohnehin kleine und überschaubare Aktienmarkt brach zusammen und die Arbeitslosenziffern stiegen in beträchtlichem Maße. In manchen Regionen der USA halbierten sich innerhalb kurzer Zeit die Immobilienwerte.

Obwohl sich die US-Wirtschaft im Laufe des Jahres 1823 wieder erholte, erwies sich die Krise als ein gewaltiger Einschnitt. In der breiten Öffentlichkeit vertiefte sich die Skepsis gegenüber wirtschaftlichen Großinstitutionen, ihre Spitzen wurden zunehmend als unfähig und korrupt wahrgenommen.

Auch hatten die ökonomischen Ungleichgewichte zur Verschärfung der Diskrepanzen zwischen Nord- und Südstaaten beigetragen. Die

Second Bank of the United States überstand zwar die Wirtschaftskrise und die unmittelbare Folgezeit, doch war klar, dass ihr längerfristiger Bestand nicht mehr gesichert war. Als ein besonders vehementer Gegner der Nationalbank erwies sich US-Präsident Andrew Jackson (1767-1845), noch während seiner Amtszeit, im Jahr 1836, wurde ihr Betrieb eingestellt. (Altorfer 2006, 127 ff)

Kaum hatte sich die sichtbare Hand der Zentralbankführung aus dem wirtschaftlichen Leben zurückgezogen, schoss eine Fülle neuer Regionalbanken aus dem Boden. Eine Bank zu besitzen und Geldschöpfung zu betreiben, wurde in den Vereinigten Staaten nahezu zu einer Art menschlichem Grundrecht. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts sollten nun kleinere Geldinstitute das wirtschaftliche Leben bestimmen, mit dem Effekt, dass am Vorabend des Sezessionskrieges 7.000 bis 9.000 unterschiedliche Arten von Banknoten, emittiert von rund 1.500 Geldinstituten, in Umlauf waren. (Galbraith 1978, 197 f) Obwohl bereits während des Bürgerkrieges 1861

bis 1865 erste Schritte zur Vereinheitlichung der geldemittierenden Aktivitäten gesetzt wurden, schlossen sich die USA erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg mit der Schaffung eines neuen Zentralbankensystems den bis dahin international üblichen Gepflogenheiten an. Ein zu Jahresende 1913 vom US-Kongress verabschiedetes Bundesgesetz führte zur Gründung des Federal Reserve Systems (FED). Dieses besteht aus mehreren Regionalbanken und ist einem mehrköpfigen Verwaltungsrat unterstellt, der Hauptsitz befindet sich in New York.



Es scheint nun vieles darauf hinzuweisen, dass die Vereinigten Staaten unter den Bedingungen der autonomen Geldschöpfung zu einer der dynamischsten Weltregionen herangewachsen sind. Bereits um 1900 überholten die USA das industrielle Vorreiterland Großbritannien in einigen Bereichen. Auf den Zustrom von Auslandskapital hatte die in den USA herrschende „Geldanarchie“ keinen negativen Einfluss. Im Gegenteil: das mit der Zahl emittierender Geldinstitute gewachsene Kreditpotential wirkte auf die Realwirtschaft als Impulsgeber. Die Vereinigten Staaten erschienen im 19. Jahrhundert als eine viel verspre-

chende Volkswirtschaft, in die weiter zu investieren lohnenswert erscheint (z. B. im Eisenbahnbau). An dieser Stelle noch ein kleiner *side leap* zur ökonomischen Situation Argentiniens im 19. Jahrhundert, die mit der der USA in vielfacher Hinsicht vergleichbar erscheint (Stichworte: Hoffungsgebiet der Europäer, gewaltige Einwanderungsströme, wirtschaftliches Aufstiegsszenario). Mit der Geschichte Argentiniens befasste Wirtschaftshistoriker sprechen für die Zeitspanne von der Unabhängigkeit 1816 bis 1890 übereinstimmend von einer herrschenden „Anarquia monetaria“, also der Wahrnehmung der Papiergeldemission durch verschiedene Akteure. (Jiménez 1968, 36 f. Rapoport 2007, 82 ff) In den einzelnen Provinzen kamen unterschiedliche Währungssysteme zur Anwendung, wobei die jeweiligen Relationen des Papiergeldes zu Gold, Silber und Devisen alles andere als einheitlich gehalten wurden. Damit waren zugegebenermaßen auch gewisse Unwägbarkeiten verbunden, in Summe jedoch muss festgehalten werden, dass die wirtschaftliche Entwicklung derart vonstatten ging, dass das Lohnniveau in Argentinien im ausgehenden 19. Jahrhundert bereits an europäische Verhältnisse herankam.

Zur Theorie dezentraler Geldschöpfung



Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften entwickelten weder die Konservativen noch die Modernisten eine Nähe zur Methode der autonomen Geldschöpfung. In der Hauptsache blieb die Befassung damit wenigen kreativen Denkern auf der Seite des alternativen Spektrums vorbehalten. Doch es gibt auch Ausnahmen: Ende der 1820er Jahre erschien in Frankreich erstmals Jean Baptiste Sais (1767-1832) „Cours complet d'économie politique pra-

tique“ („Lehrbuch der praktischen Politischen Ökonomie“), das zu einem Meilenstein in der Theoriegeschichte der Ökonomie werden sollte. (Say 1845) In der englischen Übersetzung wurde es bis zum Beginn des Bürgerkrieges sogar zum wichtigsten Wirtschafts-Lehrbuch in den Vereinigten Staaten. Interessant ist nun, dass darin der Gedanke der Emissionsfreiheit bereits ausformuliert ist. Jean Baptiste Say: *„Jeder Privatmann kann einen gewöhnlichen Schein unterschreiben und ihn als Zahlung für eine Ware geben, wenn der Verkäufer ihn an Geldes statt annehmen will. Dieser Verkäufer kann wiederum, wenn er eine andere Ware kauft, den Schein als Zahlung geben. Der zweite Erwerber kann ihn zu dem selben Zwecke einem Dritten übergeben. So circulierte also ein ausgestellter Schein: Er dient dem, der verkaufen will, er dient dem, der kaufen will, er versieht den Dienst einer Geldsumme.“* (Say 1845, Band 2, 163)

Ein Hauptvertreter der Emissionsfreiheit auf amerikanischem Boden war Benjamin R. Tucker (1854-1939). Tucker gab in Boston die Zeitschrift „Liberty“ heraus, als Autor verfasste er „Instead of a Book, by a Man Too Busy to Write One“ (New York 1893). Seine Vordenker waren u. a. Josiah Warren (1798-1874), Stephen Pearl Andrews (1812-1886) und Ly-sander Spooner (1808-1887). Eine wichtige Person in der Nachfolge Tuckers war Laurence Labadie (1899-1975). (Martin 1980) Als Anarchist vertrat Tucker ein Gesellschaftsmodell, in dem die Menschen den überwiegenden Teil ihrer Angelegenheiten gemeinsam mit anderen regeln, dies jedoch in freiwilligen Vereinigungen mit realistischen Austrittsmöglichkeiten. Tuckers individualistisch-marktwirtschaftliche Orientierung hatte als Bezugspunkt eine eher klein- und mittelbetriebliche Struktur,

daneben trat er strikt antikapitalistisch und antimonopolistisch auf. Eine Zusammenballung wirtschaftlicher Macht und zentralistische Organisationsformen waren ihm ein Gräuelp. Auch zum Thema Geldemission vertrat er eine klare Position: „Das Inverkehrsetzen von Geld muß so frei sein wie die Herstellung von Schuhen.“ (Tucker zitiert in Eltzbacher 1977, 185) Mit dem Programm der autonomen Geldschöpfung verband Tucker ganz konkrete Zielsetzungen. Das durch die Emissionsfreiheit ausgedehnte Kreditvolumen sollte die Startchancengleichheit innerhalb der Gesellschaft erhöhen, wirtschaftlich anregend wirken und einen vermehrten Wohlstand herbeiführen. Auch verteilungspolitisch war der Gedanke der autonomen Geldschöpfung nach Tucker fruchtbar, da jedes erhöhte Geldangebot den Zinssatz drückt und damit den Kapitalrentner tendenziell entmachteter.

Im 20. Jahrhundert wurde das Konzept der freien Geldemission vor allem durch Friedrich August Hayek (1899-1992) verbreitet. Als Sozialwissenschaftler und Ökonom gilt Hayek heute aufgrund seiner mangelnden Abgrenzung gegenüber dem „Rassismus der Tüchtigen“,



der Armut als selbstverschuldet begreift, und wegen verschiedener problematischer Thesen („Was sozial eigentlich heißt, weiß niemand.“) nur begrenzt als zitierbar. Auch dass er bei der Formulierung seiner Free Banking-Ideen seine Vordenker geflissentlich übersieht, entspricht nicht der feinen Art. Dennoch sollte gewürdigt werden, dass Hayek in Fragen der Geldpolitik eine stark von der neoklassisch geprägten Mainstream-Ökonomie abweichende Position vertreten hat. Hervorhebenswert sind in diesem Zusammenhang zwei Auseinandersetzungen des gebürtigen Österreicher: „Denationalisation of Money“ und „Choice in Currency“. In den beiden in London 1976 erschienenen Schriften zeigt sich Hayek überzeugt, dass eine zentrale Steuerung der Geldmenge und des Zinses die adäquate Versorgung der Wirtschaft mit Geld gefährdet, Verzerrungen im Preisgefüge herbeiführt und schließlich Instabilitäten mit Auswirkungen auf Produktion und Konsum bewirkt. Er schlägt daher vor, das Notenbankmonopol abzuschaffen und die Emissionskompetenzen mit regional begrenzter Wirksamkeit an rechtmäßig niedergelassene Banken zu übertragen. Vom Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Währungen erwartet sich Hayek die Durchsetzung des „guten“ und wertbeständigen Geldes. (Hayek 1977) Diese Auffassung widerspricht zwar dem in der Wirtschaftstheorie heute nach wie vor anerkannten Greshamschen Gesetz („Das ‚schlechte‘ Geld verdrängt stets das ‚gute‘.“), doch Hayeks positive Leistung ist vor allem darin zu sehen, dass er über den Goldstandard hinausdenkt und die Schaffung von Warenreservewährungen bzw. Warenwährungen anregt.

Von den anarchistischen Vorschlägen unterscheidet sich Hayeks Ansatz dadurch, dass dieser letztlich

auf die Erzeugung einer oder mehrerer Leitwährungen hinausläuft. Für Tucker & Co. hingegen sollte eine „Artenvielfalt“ bei den Währungen dauerhaft bestehen bleiben. Auch ist bei den Anarchistinnen und Anarchisten das Moment der herrschaftsfreien Kooperation und nicht das des Wettbewerbes im Vordergrund. Tucker & Co. sahen das Geld primär in seiner gesellschafts- und friedensstiftenden Funktion.



© Christian Pohl / PIXELIO

Vorwärts in die neue Geldanarchie?



Mit der weltweiten Zuspitzung krisenhafter Entwicklungen erfahren heute verschiedene Versuche mit Parallelwährungen oder Tauschkreisen immer mehr Zuspruch. In Griechenland, in Thessaloniki und in der Hafenstadt Patras ist seit einiger Zeit die virtuelle Währung „Ovolos“ als Euro-Surrogat in Verwendung. In Athen wurde im Oktober 2006 eine „Time-Bank“ eingerichtet, die den Austausch wirtschaftlicher Leistungen auf der Basis von Arbeitsstunden ermöglicht. Ein anderer alternativer Tauschkreis hat sich in der mittelgriechischen Stadt Volos herausgebildet.

Zum Abschluss dieser Darstellung soll aber nochmals auf Argentinien Bezug genommen werden, das im Hinblick sowohl auf wirtschaftliche

Wechselkursen als auch auf Parallelwährungen den wahrscheinlich größten Erfahrungsschatz anzubieten hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg noch eines der reichsten Länder der Welt, war das Land am Rio de la Plata in der Folge mit zunehmender Häufigkeit in ein krisenhaftes Fahrwasser geraten, wobei sowohl hausgemachte Ursachen als auch externe Schocks (Tequila-Effekt, Asienkrise usw.) maßgebend waren.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre ging in Argentinien eine von Generälen geführte Regierung daran, das 1944/45 gefestigte binnenmarktorientierte peronistische Modell zu beenden, den Finanzmarkt zu deregulieren und den freien Kapitalverkehr durchzusetzen. Der neue Wirtschaftsliberalismus trug alle Merkmale einer „von oben“ installierten Sozialtechnik, die primär auf verbesserte Kapitalverwertungsbedingungen ausgerichtet war. Die dem blutigen Militärregime folgenden Zivilregierungen setzten den eingeschlagenen Weg fort; als nächstes folgte eine Liberalisierung des Außenhandels. Ein zunehmendes Problem wurden jedoch die inflationären Tendenzen. Der Hyperinflation der Jahre 1989/90 wurde mit der Verabschiedung eines so genannten „Plan Convertibilidad“ entgegenzuwirken versucht. Den Vorgaben des neuen Konvertibilitätsgesetzes entsprechend wurde ein eng mit internationalen Finanzinstitutionen verbundenes und vom Zentralbankchef geführtes „Curren-



© Elke Handke / PIXELIO

cy Board“ eingerichtet, wobei der argentinische Peso an den US-Dollar gekoppelt wurde. Die Anbindung an den Dollar schloss nun für Argentinien alle eigenständigen finanzpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten aus, da die Geldmenge der inländischen Währung durch die Ankerwährung gedeckt sein musste.

Dieser wirtschaftspolitische Schritt, der als vertrauensbildende Maßnahme auf den internationalen Finanz- und Devisenmärkten und zur Verbesserung der Schuldensituation Argentiniens gedacht war, erwies sich letztlich jedoch alles andere als Stabilität fördernd. Die argentinische Währung hatte unter den neu geschaffenen Umständen eine Überbewertung hinzunehmen, die alle Exportanstrengungen zunichte machte. Dazu kam die Verbilligung der Waren aus dem Dollar-Raum. Die Konsequenzen waren verheerend, nachdem sich nicht nur das Ungleichgewicht im Außenhandel verstärkte, sondern der gesamte Industriesektor in eine tiefe Krise gestürzt wurde. Das Vertrauen in die Liberalisierungspolitik wirkte an den entscheidenden Stellen aber ungebrochen weiter. Auf die Krise im industriellen Sektor antwortete die politische Elite mit zu-

sätzlichen Entstaatlichungs- und Privatisierungsprogrammen, die internationalen Konzernen verschiedene Filetstücke aus den Bereichen der Ölindustrie, der Zuckererzeugung und der Telekommunikation sicherten.

Keine der eingeleiteten Maßnahmen war geeignet, die wachsende Auslandsverschuldung Argentiniens zu stoppen. Wurden die Mittel des Staates knapp, sprang der Internationale Währungsfonds – „Currency Board“ sei Dank – mit Überbrückungskrediten ein. 1993/94 entstand durch die Privatisierung des Rentenfonds ein zusätzliches Loch in der Staatskasse. Um bestehenden Forderungen nachzukommen, wurde eine neuerliche Verschuldung in Kauf genommen. Im Zeitraum zwischen 1992 und 1998 stieg die Auslandsverschuldung Argentiniens um 123,7 Prozent, was zum damaligen Zeitpunkt der höchsten Wachstumsrate ganz Lateinamerikas entsprach. (Becker; Jäger; Musacchio 2003, 36) Die Kapitalspritzen reichten jedoch immer weniger aus, das Leistungsbilanzdefizit, das sich nach der Währungsabwertung Brasiliens (einer der Haupthandelspartner Argentiniens) 1998 sprunghaft erhöht



© Laura Schneider / PIXELIO

hatte, abzudecken. Nun begann der Abzug von Bankguthaben, die Kapitalflucht verstärkte sich. Anfang Dezember 2001 verfügte die Regierung als Notmaßnahme eine allgemeine Kontensperre, die schließlich schwere bürgerkriegsähnliche Unruhen auslöste.

Die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen in Argentinien im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts hatten wirtschaftlich und sozial betrachtet mehr zur Verunsicherung als zur Verbesserung der Lage beigetragen. (Paolera; Taylor 2003) Während die Außenöffnung und die Deregulierung der Finanzmärkte das spekulative Moment förderten, nahmen die Entwicklungsmöglichkeiten des produktiven Sektors ab. Die Überbewertung der Währung brachte in Verbindung mit den hohen Realzinsen die Investitionstätigkeit zum Erliegen. Mit der Verminderung der Wertschöpfung verengte sich allmählich aber auch die Basis für die Finanzgewinne. Als die Grenzen der Alimenterbarkeit erreicht waren, war kein Gegensteuern mehr möglich. Zurück blieben Engpässe in den öffentlichen Haushalten, eine verminderte Produktion, sinkende Löhne und eine dramatische Zunahme der Arbeitslosigkeit. Auch nicht wenige Angehörige bürgerlicher Schichten fanden sich nun in der Armentauspeisung wider.



Der durch den Verlust mittelständischer Ersparnisse, Beschäftigungslosigkeit und Inflation gekennzeichnete

neten wirtschaftliche Niedergang Argentiniens bedeutete den Ausschluss großer Bevölkerungsgruppen aus dem Wirtschaftsgeschehen. Die Geldknappheit in den Städten und Kommunen führte dazu, dass oftmals Zahlungen an den öffentlichen Dienst eingestellt werden mussten. Je weniger die Ruinenlandschaft des alten Wirtschaftssystems imstande war, ihre Aufgaben zu erfüllen, je weniger der offizielle Peso die Vermittlung von Bedarf und Leistungsangebot gewährleisten konnte, desto mehr wuchs aber die Bedeutung der ins Leben gerufenen Selbsthilfeorganisationen. Betriebsbelegschaften begannen ohne ihre Bosse stillgelegte Unternehmen in Eigenregie zu übernehmen. Parallelwährungen wurden geschaffen, um wirtschaftliche Tätigkeiten in kleinem Rahmen wieder aufzunehmen, Versorgungslücken zu schließen, Zugang zu medizinischer Behandlung sicherzustellen und nicht zuletzt Menschen neue Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten. Die komplementär zur herkömmlichen wettbewerbsorientierten Wirtschaft entstehende kooperative Ökonomie zeigte alternative Wertorientierungen auf und bewies zugleich eine außerordentliche Integrationskompetenz mit eindeutigen Wohlstand steigernden Effekten. Die „Anarquia monetaria“, die in der Vergangenheit so häufig das Angriffsziel verschiedener Polemiken war, half nun tatkräftig, das wirtschaftliche Leben in Argentinien wieder in Gang zu bringen. (Gómez 2009).

Literatur:

Altorf, Stefan (2006): The Crisis of the *Second Bank of the United States*, 1818/19, in: Duckenfield, Mark (ed.): History of Financial Disasters, 1763-1995, vol. 1, London, 127-130

Becker, Joachim; Jäger, Johannes; Musacchio, Andrés (2002): Finanzsystem und Krise in Argentinien und Chile, in: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, Heft 3/2002, 32-44

Duckenfield, Mark (ed.) (2006): History of Financial Disasters, 1763-1995, vol. 1, London

Eltzbacher, Paul (1977): Der Anarchismus (1895), Berlin

Enzensberger, Hans Magnus (2011): Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas, Berlin

Galbraith, John Kenneth (1978): Die Tyrannei der Umstände. Ursachen und Folgen unseres Zeitalters der Unsicherheit, Bern - München

Gómez, Georgina M. (2009): Argentina's Parallel Currency: The Economy of the Poor, London

Hayek, Friedrich August (1977): Entnationalisierung des Geldes, Tübingen

Jiménez, Rafael Olarra (1968): Evolucion monetaria argentina, Buenos Aires

Martin, James J. (1980): Männer gegen den Staat. Die Vertreter des individualistischen Anarchismus in Amerika 1827-1908, 2 Bände, Freiburg/Br.

Paolera, Gerardo della; Taylor, Alan M. (2003): Gaucho Banking Redux, Cambridge

Rapoport, Mario (2007): Historia económica, política y social de la Argentina (1880-2003), Buenos Aires

Scheffler, Johannes (1908): Das Geldwesen der Vereinigten Staaten von Amerika im 19. Jahrhundert, Straßburg

Say, Jean Baptiste (1845/46): Ausführliches Lehrbuch der praktischen Politischen Ökonomie (1828/30), Reihe: Die Nationalökonomie der Franzosen und Engländer, übersetzt und herausgegeben von Max Stirner, 1.-4. Band, Leipzig

Tucker, Benjamin R. (1976): Staatssozialismus und Anarchismus (1888), Freiburg/Br.

Vaz, Nilza (2008): O „Pearl Harbor“ económico, in: Folha de Portugal, No. 250, 11 de Outubro de 2008, 13

Dieser Aufsatz von Prof. Senft erschien unter dem Titel „viva la anarquia monetaria“ zuerst in „espero“ – Forum für libertäre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Zum Autor

Prof. Ing. Dr. Gerhard Senft M.A.



Jahrgang 1956, lebt und arbeitet als Wirtschaftswissenschaftler und Historiker in Wien. Zuletzt erschienen von ihm: „Oyte kapitalismos, oyte kommounismos – O Silbio Gezel kai

to eleutheriako montelo tes eleytheres oikonomias“, Ekdoseis Trope, Athen 2008.

„Pierre-Joseph Proudhon – Handbuch des Börsenspekulanten“, Reihe: Politik aktuell, Band 8, Lit-Verlag, Berlin - Münster - Wien - Zürich - London 2009.